

Handelstammerpräsident Nemec über die wirtschaftlichen Aufgaben der Zukunft.

In der am 3. d. abgehaltenen Vollberatung der Prager Handelskammer äußerte sich Kammerpräsident B. Nemec über die wirtschaftlichen Aufgaben der Zukunft, insbesondere über das künftige Verhältnis zu Deutschland und über den Wiederaufbau der Friedenswirtschaft.

Kammerpräsident B. Nemec äußerte u. a.: Auch unsere Kammer beschäftigt sich eingehend mit den großen grundsätzlichen Fragen der neuen Friedenswirtschaft. Eine der wichtigsten dieser Fragen ist die Gestaltung unserer künftigen Handelspolitik. Die endgültige Entscheidung hierüber hängt allerdings in erster Reihe von den Bedingungen des Friedens ab, welchen wir noch zu erkämpfen haben. Obzwar wir voll Zuversicht sind, daß dieser Frieden für uns erfolgreich und ehrenvoll sein wird, so wären doch einseitige Bindungen über unsere künftige Handelspolitik heute noch verfrüht, ja gefährlich, weil sie die Freiheit unseres Handels beeinträchtigen und Maßnahmen anderer Staaten hervorrufen könnten, welche den nach dem Kriege mit allen Mitteln anzustrebenden allgemeinen Handelsfrieden zu gefährden vermöchten.

Nur ein Ziel liegt schon heute klar und unverrückbar vor unseren Augen, nämlich die Regelung unseres wirtschaftlichen Verhältnisses zu Ungarn.

Die Stellung unserer Kammer zu dieser Frage ist bekannt. Wir wünschen die Beibehaltung des gemeinsamen Zoll- und Wirtschaftsgebietes, weil Oesterreich und Ungarn einander in wirtschaftlicher Beziehung glücklich ergänzen und weil das große gemeinsame Gebiet in jeder Hinsicht und für beide Teile vorteilhafter ist, als die Trennung.

Beider stimmen die Ansichten der österreichischen Handelskammern in einer anderen wichtigen und grundlegenden Frage nicht überein, nämlich in der Frage unseres künftigen handelspolitischen Verhältnisses zum Deutschen Reiche. Die anfängliche Begeisterung für eine völlige Zollunion ist vor der Macht der Wirklichkeit gewichen und auch die weiteren vorgebrachten Vorschläge, obzwar sie sich auf einen immer engeren Rahmen beschränken, halten nicht Stand vor den tatsächlichen Bedürfnissen unserer Volkswirtschaft und der tüchtigen sachlichen Kritik.

Der größte Widerstand gegen einen weitergehenden Anschluß kommt aus Deutschland selbst, und das ist weiter nicht zu verwundern, wenn man bedenkt, daß Deutschland mit nur 11 Prozent seiner Gesamtausfuhr (und bloß 8 Prozent seiner Fabrikatenausfuhr) an dem österreichisch-ungarischen Absatzgebiet interessiert ist und nur 8 Prozent seiner gesamten Einfuhr von uns bezieht, also unvergleichlich mehr an den Weltmarkt angewiesen ist als an uns.

Aber auch in Oesterreich selbst spricht das allgemeine wirtschaftliche Interesse entschieden gegen einen solchen Anschluß. Unsere Kammer hat ihre bezüglichen, objektiv und vorurteilslos gepflogenen Erhebungen nahezu abgeschlossen und wird das Ergebnis derselben im gegebenen Zeitpunkt zusammenfassen. Es ergibt sich daraus, daß einem engeren Zusammenschluß der beiden Reiche, welcher über einzelne zufällige Sonderbegünstigungen hinausgehen würde, ein un-

übersteigliches Hindernis entgegensteht, nämlich die qualitative Gleichartigkeit ihrer beiderseitigen Wirtschaften, welche sich so gut wie gar nicht ergänzen, sondern zumeist bloß konkurrenzieren. Durch die wirtschaftliche Annäherung der beiden Reiche, mag sie auch in voller Verschmelzung bestehen, wird kein wesentlicher Schritt zu ihrer Selbstversorgung getan und sie bleiben in demselben Maße, wie früher, an die Einfuhr fast aller Textilrohstoffe, Gummen, Harze, Kolonialwaren, Süßfrüchte, Gewürze, wichtiger Metalle und chemischer Rohstoffe, vieler Nahrung- und Futtermittel und so weiter aus anderen Ländern angewiesen.

Ist aber diese Tatsache und ihre wirtschaftliche Bedeutung festgestellt — nur in Textilrohstoffen allein beträgt die jährliche Einfuhr beider Reiche über zwei Milliarden Kronen — so ergibt sich daraus notgedrungen die Folgerung, daß der Zusammenschluß dieser beiden Reiche jeder großen wirtschaftlichen Idee und Berechtigung entbehrt. Auch der Beitritt ganz Mitteleuropas samt dem nahen Orient würde kein sich selbst genügendes Gebiet ergeben und die Möglichkeit der Selbstversorgung nur zum Teile erhöhen.

Die wirtschaftliche Annäherung der beiden Reiche würde also im wesentlichen nur die Begünstigung des gegenseitigen Austausches der eigenen Produkte beinhalten, aber mannigfache Gefahren in sich bergen, welche schon aus dieser Begünstigung selbst für unsere heimische Wirtschaft und aus den Gegenmaßnahmen dritter Staaten für den Außenhandel unserer beiden Reiche entstehen würden.

Was vorerst unsere eigene Wirtschaft betrifft, so darf im allgemeinen die Behauptung aufgestellt werden, daß unsere Ausfuhr nach Deutschland nicht mehr wesentlich steigerungsfähig ist, so daß wir auch bei dem engsten Zusammenschlusse an Deutschland weder in Nahrungsmitteln noch in Rohstoffen und Industriefabrikaten werden wesentlich mehr exportieren können, als wir es heute schon ohnehin tun. Die Zukunft unseres industriellen Exports liegt also nicht in Deutschland, sondern im Osten, welchem wir unser Hauptaugenmerk zuzuwenden haben werden.

Wenn also unserer Wirtschaft von der begünstigten Ausfuhr nach Deutschland keine wesentlichen allgemeinen Vorteile erwachsen können, so hat sie dafür von der begünstigten Einfuhr aus Deutschland desto größere Nachteile zu erwarten. Das gilt in gleichem Maße für die Landwirtschaft wie für die Industrie.

Die Preise landwirtschaftlicher Produkte sind bei uns im allgemeinen höher, oft beträchtlich höher als in Deutschland. Die gegenseitige Zollfreiheit oder Zollbegünstigung hätte nun gewiß nicht die Erhöhung der deutschen Preise, sondern die Ermäßigung unserer Preise zur Folge und es läßt sich z. B. bei den großen Preisdifferenzen von Weizen, Kartoffeln usw. leicht berechnen, wie groß dann der Verdienstergang unserer Landwirtschaft wäre, obzwar sie im übrigen gar nicht befürchten müßte, durch die deutsche Produktion aus dem Felde geschlagen zu werden.

Wohl droht aber diese Gefahr der österreichischen Industrie, für welche — immer im allgemeinen gesprochen und Ausnahmen bei Spezialprodukten zugelassen — der wirtschaftliche Anschluß an Deutschland nur einen scharfen und ungemein schädlichen Konkurrenzkampf mit der überlegenen deutschen Industrie und eine Verlangsamung, zum Teile sogar Verhinderung unserer weiteren industriellen Entwicklung bedeutet.

Während, wie bewiesen, unsere Ausfuhr nach Deutschland für die deutsche Volkswirtschaft im allgemeinen keine Konkurrenz bedeutet, erfolgt die deutsche Einfuhr zu uns zum großen Teile auf Kosten unserer eigenen Wirtschaft. Deutschland ist für uns in einer großen Zahl industrieller Produkte der ausschlaggebende, ja einzige wirkliche gefährliche Konkurrent, es deckt schon heute die Hälfte unserer Einfuhr an Industrieerzeugnissen und sein Import läßt sich nicht vergrößern auf Kosten des übrigen Auslandes, sondern lediglich auf Kosten unserer Industrie selbst. Denn unsere Industrie hat im allgemeinen schlechtere Produktionsbedingungen als die deutsche.

Wenn wir also unsere industrielle Zukunft sichern wollen — und das wollen wir ja und müssen es wollen — schon im Interesse der Erhaltung der Macht unseres Staates — so müssen wir auch unsere Bille gegen Deutschland in dem notwendigen Ausmaße aufrechterhalten und können ihm keine über dieses Maß hinausgehenden Begünstigungen gewähren.